IBFG-Botschaft an die tschechoslowakischen Arbeiter

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **44 (1952)**

Heft 6-7

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-353546

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

schaftsführern und Befürwortern der Autonomie der Gewerkschaftsorganisation ist durch diese Entwicklung nicht nur möglich, sondern auch nötig geworden. Wie bereits erwähnt, ist es wieder der ehemalige Generalsekretär *Evzen Erban*, der am schwersten betroffen wird: er schied jetzt auch aus der Regierung aus, und dies ohne jede Erklärung, ohne ein einziges Wort der Anerkennung für die geleisteten Dienste und ohne eine andere Funktion zu erhalten. Seine bereits zitierte Absage an die politische Selbständigkeit der Gewerkschaften hat ihn nicht gerettet. Wie gewöhnlich, diese «Autokritik» wurde nicht angeordnet, «um den Sünder auf den rechten Weg zu bringen, damit er die Erlösung erlange», sondern um ihn von den Gleichdenkenden zu isolieren und so später dann leichter erledigen zu können.

Dem bedrohlich fortschreitenden Arbeiterwiderstand entgegen begann sich das Regime in aller Eile zurückzuziehen. In den seit Anfang Oktober 1951 im Gang befindlichen Wahlen der zwei untersten Stufen der Gewerkschaftskader hat man die bisher übliche Akklamation durch geheime Wahl ersetzt, wobei die Arbeiter das Recht erhielten, die offiziellen durch ihre eigenen Kandidaten zu ersetzen. Und bevor noch diese Wahlen zu Ende waren, musste ein anderes bedeutendes Zugeständnis dem Arbeiterwiderstand eingeräumt werden: in den schlesischen Kohlenminen, wo dieser eben am heftigsten war, hat die Regierung eine wichtige Lohnerhöhung dekretiert. Wie seinerzeit die polizeiliche Methode der nachträglichen Repression fehlgeschlagen hatte und der staatsgewerkschaftlichen Methode der präventiven Verhinderung der Konflikte Platz machen musste, so hat jetzt die Stunde der Konzessionen geschlagen. Kein anderes Mittel ist dem neuen Aufmarsch der Arbeiter mehr gewachsen.

Paul Barton, Pilsen (CSR)

IBFG-Botschaft an die tschechoslowakischen Arbeiter

Im Namen des IBFG wurde Ende 1951 über den Rundfunk eine Botschaft an die Arbeiter in der Tschechoslowakei gerichtet, in der die Gegner des derzeitigen Regimes aufgefordert wurden, sich als «inoffizielle» Kandidaten in den damals stattfindenden Betriebsrätewahlen aufstellen zu lassen.

«Erstmalig seit Errichtung des stalinistischen Regimes», heisst es in dem Aufruf, «habt Ihr Gelegenheit, wenigstens die unteren Organe der Gewerkschaftsorganisation geheim zu wählen, die offiziellen Kandidaten abzulehnen und sie durch Eure eigenen Vertreter zu ersetzen. Gegenüber dem in wirklich freien Gewerkschaften üblichen Verfahren bedeutet das natürlich nicht sehr viel. Angesichts der

Lage jedoch, wie sie sich bisher in allen vom Kreml dominierten Ländern ergibt, ist dies ein bedeutender Schritt vorwärts.»

Weiter legt der Aufruf die Gründe dar, welche die Kommunisten zu diesem unerwarteten Zugeständnis zwangen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass es hauptsächlich dem dauernden passiven Widerstand der Arbeiter zuzuschreiben ist, der trotz des allgewaltigen Polizeiterrors immer wieder Platz greifen konnte. Die Botschaft geht dann auf die Gefahr ein, die zweifellos für demokratische Gegner des Regimes besteht, wenn sie sich offen als Kandidaten zur Verfügung stellen. Wenn jedoch eine genügende Anzahl dieser Kandidaten gewählt wird, so kann die Polizei keine Massregelungen treffen, ohne den verstärkten Widerstand der schaffenden Bevölkerung zu provozieren. Eine Beteiligung sei um so lohnender, weil dann von unten her über die Betriebsräte auf den ganzen Apparat der Staatsgewerkschaften ein grösserer Druck ausgeübt werden könne. Wenn die tschechoslowakischen Arbeiter diese Gelegenheit voll wahrnehmen, so wird, heisst es in der Botschaft weiter, «eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen, ihren Widerstand auf einer neuen Ebene zu entfalten.» Bis jetzt sei der Widerstand gegen Stalins Regime mehr passiver Natur gewesen. Wollen die Arbeiter aber zum aktiven Kampf übergehen, so müssen sie «zuerst die Waffen wiedergewinnen, die ihnen das Regime geraubt hat. Die freien Wahlen für Vertrauensleute und Betriebsräte bieten hierzu die erste Möglichkeit». «Die Emanzipierung der Arbeiterklasse», so endet der Aufruf, «müssen die Arbeiter selbst in die Hand nehmen.»

Die Opposition in den ostzonalen Gewerkschaften

In den Volksdemokratien sind die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, vor allem jene, die bereits in der Zwischenkriegszeit den Gewerkschaften angehörten, die aktivsten Gegner des dort herrschenden Regimes. Ihre Opposition bereitet den kommunistischen Behörden grosse Schwierigkeiten, weil darunter die Erfüllung der Produktionsaufgaben leidet.

Im kommunistischen «Freien Deutschen Gewerkschaftsbund» (FDGB) herrscht grosse Unzufriedenheit und Unruhe. Nicht nur die Mitglieder, sondern auch die untern und mittleren Gewerkschaftsfunktionäre wollen auf die von den Gewerkschaften in jahrelangen Kämpfen errungenen Schutzbestimmungen, die in der Ostzone ausser Kraft gesetzt wurden, nicht verzichten. Die ältern, geschulten Gewerkschafter, die im Arbeitsprozess stehen, revoltieren dagegen, dass das ostzonale Ministerium für Arbeit alleinstehende Frauen vom 18. bis zum 45. Lebensjahr zur Untertagsarbeit heranzieht. Seit einem Jahr ist in der Ostzone das Verbot der Nachtarbeit für Frauen